

Parlamentssitzung vom 18. November

Revision der Gemeindeverfassung

Die BVR (= Behörden- + Verwaltungsreform), die eine Reduktion der Mitglieder des Gemeinderates von 9 auf 7 sowie eine spürbare Effizienzsteigerung bringen soll, wurde in der 1. Lesung beraten. Wir verdanken die grosse Arbeit und stellten die folgenden Anträge:

Der Gemeinderat will sein Personal neu nicht mehr im Parlament. Da dies bisher problemlos war, beantragten wir keine Änderung. Wir wollen Transparenz. Es ist gut, wenn Insider die Abläufe, die Probleme und die Lösungsmöglichkeiten der Gemeinde kennen. Wir wollen in Kenntnis aller Dinge entscheiden.

Was den Gemeindepräsidenten (GP) betrifft, verlangten wir, dass er analog heutiger Regelung seine volle Kraft und seinen Lohn ausschliesslich sowie parteipolitisch neutral zu Gunsten der ganzen Ostermündiger Bevölkerung einsetzt. Sowohl im kantonalen als auch im eidg. Parlament handeln die Parteien oft genug nur nach parteipolitischen Kriterien. Ostermündigens Meinung soll der GP in der Regionalkonferenz (RK) einbringen. Dort kommt er mit fast 100 anderen GPs periodisch zusammen. Wir danken Christan Zeyer, dass er unseren Antrag teilweise rettete. Wenigstens könnte nun der GP nicht auch noch im Nationalrat mitwirken.

Wir erachten es als wenig demokratisch, wenn Volksmotionen + -Postulate, die von mindestens 100 Stimmberechtigten mitunterzeichnet sein müssen, vom Gemeinderat nicht bewusst konstruktiv behandelt werden. Es ist nicht besonders ermutigend für Leute – wie kürzlich bei einer Volksmotion mit fast 900 Unterschriften erlebt -, wenn solche Vorstösse a) erst beim Behandeln des Jahresberichts der Verwaltung und b) als angeblich nicht erledigbar liquidiert werden.

Keine Freude haben wir, wenn sogar einstimmige Anträge der vorberatenden, parteipolitisch zusammen gesetzten Kommissionen vom Gemeinderat weder schriftlich beantwortet noch in der Botschaft ans Parlament erwähnt werden. Auf unseren Verbesserungsantrag kommen wir dank Edi Rippsteins Vorschlag zurück, sobald die BVR-Reglemente behandelt werden.

Regionales Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept

Unsere Sorgen betr. den bis 2030 prognostizierten Verkehrszuwachs -

60% beim OeV und 25% beim motorisierten Individualverkehr - gaben wir im Parlament bekannt. Wir stellten 2 Anträge: Erfolgreich erreichten wir, dass die Mitwirkungseingabe unserer Gemeinde an die RK vom Ostermundiger Parlament keinesfalls als „zustimmend“ zur Kenntnis genommen wird. Leider nur knapp erfolglos war unser eng gefasster Antrag, die RK habe Massnahmen vorzuschlagen, damit der Verkehr nicht schneller wächst als die Zahl der Einwohner (+6%) und der Arbeitsplätze (+9%). Unser Antrag wurde bei 8 Enthaltungen mit 12 zu 11 Stimmen abgelehnt. Wir wollen nicht, dass jeder m² noch grüne Boden durch Gebäude, Strassen oder Schienen ersetzt wird.

FORUM Ostermundigen
Vereinigung der Parteilosen